

Brücken statt Mauern
Bericht
von einer politischen Erkundungsreise nach Palästina - Israel
21. - 28. April 2011

I. Einleitung

Bei einer Palästina - Solidaritätskonferenz im November 2010 in Stuttgart hatte Gerhard Hermann Dierkes aus Duisburg kennen gelernt, der auf eine Reise hinwies, die über Ostern ins Westjordanland führen sollte, um mehr über die Lebenswirklichkeit der Palästinenser zu erfahren. Das Programm wurde vom Alternative Information Centre (AIC) Jerusalem- Beit Sahour/Bethlehem vorbereitet. Unter dem Thema „Bridges instead of Walls“ war dies das achte Seminar dieser Art. Das AIC ist ein palästinensisch-israelischer unabhängiger Verein, der sich seit 26 Jahren der politischen Informations-, Basis- und Advocacyarbeit verschrieben hat. Durch Seminare, öffentliche Veranstaltungen und Publikationen werden die Entwicklungen der beiden Gesellschaften begleitet und analysiert. Vor allem wird untersucht, wie sich der jahrzehntelange politisch-koloniale Konflikt in der Region auswirkt und wie eine gerechte politische Lösung im Rahmen des Kampfes für globale Gerechtigkeit aussehen könnte.

Unsere Gruppe von 25 Personen war im Pilgrims House der Greek Catholic Church in Bethlehem/Beit Sahour untergebracht. Der Standard des Hauses war sehr einfach, ähnlich einer Jugendherberge in den 60iger Jahren bei uns, aber es war alles Nötige vorhanden und die Mitarbeit der Gruppe war in Küche und Haus erforderlich. Wir fanden diesen Stil angemessen, denn das, was wir erlebt haben, hätte nicht zu einem Drei-Sterne-Hotel gepasst.

Das sehr dichte Programm der Reise (siehe Anlage) bestand aus Referaten, Diskussionen, Besichtigungen und Begegnungen vor Ort (in Bethlehem, Jerusalem, Jaffa, Ramallah, Hebron) mit ausgezeichneten palästinensischen und israelischen Referenten und Kontaktpersonen.

Dieser Bericht erhebt weder den Anspruch, die vielen und sehr unterschiedlichen Eindrücke der Reise einigermaßen umfassend wieder zugeben, noch kann er die komplexe historische und aktuelle Situation dieses asymmetrischen Konfliktes zwischen Israel und Palästina angemessen und ausgewogen beschreiben. Deshalb wollen wir hier nur einige wesentliche Fakten und Eindrücke wiedergeben, die die aktuellen Kernpunkte des Konfliktes beschreiben und für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region von besonderer Bedeutung sind. Die sehr spezielle und dramatische Situation in Gaza wird bewusst nicht behandelt, weil dies ein eigenes Thema wäre.

II. Die Besiedlung des Westjordanlandes

Am 9. Februar 2011 hat israelisches Militär sechs Häuser und 21 Tierställe im Dorf Khirbet Tan im Nablus Distrikt zerstört. Dieser Abriss betrifft sechs Familien (mit 52 Personen). Es ist das dritte Mal seit Januar 2010, und das vierte Mal seit 2006, dass diese Gemeinde großflächige Zerstörungen durchmachen musste (aus einem UN Bericht).

Die Gruppe verbrachte eine Woche in Beit Sahour im Westjordanland oder auch Westbank genannt (WB), wenige Kilometer südlich von Jerusalem. Diese Tatsache konfrontierte uns täglich mit den völkerrechtswidrigen Folgen der Besetzung des Landes durch den Staat Israel.

Die Verträge von Oslo (Oslo I + II, 1993) beinhalten die Aufteilung des Landes in jeweils drei Zonen oder Enklaven (% der WB) unterschiedlicher Größe, die entweder unter der Verantwortung Israels und/oder der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) stehen:

Area A = 18%	PA ist verantwortlich für interne Sicherheit und öffentliche Ordnung (keine Mitwirkung der Israelis) - hauptsächlich urbane Zentren;
Area B = 22 % die	PA hat volle Kontrolle über die zivile Administration und Israel trägt die Verantwortung für die gesamte militärische Kontrolle;
Area C = 60%	PA hat die Verantwortung für das zivile Leben, Israel hat die volle Verantwortung und Kontrolle über die Sicherheit und die Administration (Siedlungen, Hauptstraßen, Landwirtschaft, Bauvorhaben, öffentliche Dienst und Ressourcen, wie Wasser und Bodenschätze)

Diese Gebietsfragmente, die den 2, 4 Millionen Palästinensern lediglich 22% des historischen Palästina unter israelischer Kontrolle überlassen, führen zu einer Aufspaltung und ‚Judaisierung‘ des Westjordanlandes, deren einzelne Teile geographisch von einander isoliert sind. So wurden insgesamt 642 km² des Landes durch neu angelegte Naturreservate, militärische Einrichtungen und Sperrgebiete (insgesamt ca. 30%), sowie Sicherheitszonen und Siedlerstraßen konfisziert. Aus dieser Aufteilung ergeben sich 64 isolierte Landfragmente (Inseln), in denen sich viele palästinensische Dörfer und Gemeinden als Enklaven vorfinden. In der Westbank wurden inzwischen 250 israelische Siedlungen errichtet mit ca. 480.000 Siedlern, denen 85% der Wasserressourcen zugestanden werden. Diese Aufteilung der WB wird durch 573 permanente Kontrollposten (checkpoints), 69 bewegliche Barrieren und 33 Straßentunnel kontrolliert. Von den ca. 1400 km Straßen in der Westbank stehen ca. 1200 km effektiv unter israelischer Kontrolle. Die vielen israelischen Siedlungen in der WB sind durch eigens nur den Siedlern vorbehaltene 29 Autobahnen und Umgehungsstraßen mit Israels Straßennetz verbunden, die von den Palästinensern - wenn überhaupt - nur mit Sondergenehmigung benutzt werden dürfen. Für dieses dem israelischen Verkehr vorbehaltene Straßensystem wurden palästinensische Häuser, Felder, Gärten, die ihm im Wege standen, enteignet.

Für die palästinensische Bevölkerung wurde ein 80 Millionen \$ teures Straßennetzwerk mit Brücken und Tunneln angelegt, ohne territoriale Zusammenhänge, weil die Siedlungen umfahren werden müssen. Von Bethlehem nach Ramallah - früher eine Fahrt über Jerusalem von ca. 30-40 Min. - fährt man deshalb jetzt ca. 90 Minuten über verschiedene Kontrollposten, die die Siedlungen in Ostjerusalem umgehen. Unsere Gastgeber sind mit uns diese Routen gefahren.

In diesem Zusammenhang ist **Jerusalem** ein besonderer Fall. 1967 wurde Ostjerusalem mit 25qm² Land und 28 arabischen Dörfern einseitig und widerrechtlich annektiert und ca. 9000 Häuser zerstört. Israel verfolgt hier das Ziel, in einem ‚Großjerusalem‘ eine ethnische Balance von 72% Juden und 22% Arabern zu erreichen. Zurzeit liegt dieses Verhältnis bei 65% Israelis zu 35% Arabern. Die Ausdehnung nach Osten, Norden und Süden führte zu 17 neuen Siedlungen in und um Jerusalem mit 200 000 Siedlern; 30 000 Palästinenser wurden durch administrative Maßnahmen vertrieben, 95 Häuser der Altstadt bereits besetzt.

Der Bau arabischer Häuser wird in Jerusalem und der Westbank nur in seltenen Fällen gestattet bzw. administrativ unmöglich gemacht (Hausbaugenehmigung: US \$ 25 000 - 30 000 und Dauer der Beantragung zwischen 5 bis 10 Jahre). Bei Infrastrukturmaßnahmen und kommunalen Dienstleistungen wird die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem systematisch benachteiligt.

Seit dem Bau der Mauer müssen sich 120 000 Palästinenser aus dem Ostteil der Stadt der demütigenden Behandlung an Kontrollposten ausliefern, um ins Zentrum von Jerusalem, z.B. zu den Gebetsstätten, zu kommen. Palästinensische Bewohner Ostjerusalems sind von der weiteren Gesellschaft des WB abgetrennt. 55 000 sind in Vierteln gefangen, die komplett von der Mauer umgeben sind.

Eine andere administrative Maßnahme, die einer Vertreibung gleichkommt, besteht im Entzug von Aufenthaltsgenehmigungen. Seit 1967 wurden 14.000 Palästinensern, die in Ost-Jerusalem gelebt haben, die bei der Besetzung des Ostteils der Stadt ausgegebene ‚permanente Aufenthaltsgenehmigung‘ entzogen und damit für ungültig erklärt. Damit hat diese Personengruppe das Recht verwirkt, in Ostjerusalem zu leben.

Die israelische Entwicklungspolitik der Enteignung und Vertreibung strebt ein ‚Maximum an jüdischer Bevölkerung und Landbesitz und ein Minimum an arabischer Bevölkerung‘ an. Am 10.1.2008 erklärte B. Netanyahu: „Jerusalem gehört den Juden und verbleibt unter Israels Oberhoheit (sovereignty) für alle Ewigkeit.“

Im Distrikt **Bethlehem** sind nur 13% (‚Area A‘) unter Kontrolle der palästinensischen Behörden. In der ‚Area C‘ leben jetzt 93 000 Siedler in 17 illegalen Siedlungen. Vom Haupteingang unserer Unterkunft in Bethlehem Richtung Norden sahen wir täglich auf die große 1991 begonnene israelische Siedlung Har Homa (ursprünglicher palästinensischer Name: Jabal Abu Ghneim), auf dem Abu Ghneim Berg, mit insgesamt 6500 Wohneinheiten. Ein Referent berichtete uns, dass seine Familie auf dem jetzt bebauten Gelände Land besaß, welches enteignet wurde.

Unser Besuch in der Stadt **Hebron** hat die Besatzungs- und Enteignungspolitik am Beispiel einer Stadt verdeutlicht. In Hebron, südlich von Bethlehem gelegen, leben 150 000 Palästinenser. Die Stadt ist wegen des Patriarchengrabes sowohl für Juden als auch für Muslime von großer Bedeutung. Bei unserem Besuch trafen wir Herrn Abdul Hadi Hantash, der als Kartograph und Landvermesser 26 Jahre für die Stadtverwaltung arbeitete und sich in Fragen der Besetzung und Enteignung bestens auskannte. Jetzt im Ruhestand ist er Vorsitzender des kleinen ‚Lands Defence Committee‘, welches einmal aus 16 Personen bestand. Jetzt ist er nur noch mit einem Kollegen aktiv. Beim Rundgang durch die Altstadt berichtete er Folgendes:

Hebron steht zu 80% unter der Verwaltung der palästinensischen Behörden (Zone H1). Für die wichtigen Sektionen der Altstadt (Zone H2 mit 20%) - mit den israelischen Ansiedlungen und dem Geschäftszentrum - ist jedoch das israelische Militär zuständig. Seit 1967 haben sich in diesem Teil 800 israelische Siedler mit ihren Familien durch Hausbesetzungen in der Altstadt angesiedelt. Diese werden von 2000 Soldaten und unzähligen Kontrollposten bewacht. In der Innenstadt wurden Hunderte Geschäfte geschlossen, was zu einer erheblichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivitäten führte. Palästinenser sind immer wieder den gewalttätigen Angriffen der extremistischen Siedler ausgeliefert, die vom Militär nicht verhütet werden. Gerichtsprozesse um den enteigneten Landbesitz vor israelischen Gerichten sind trotz gültiger Dokumente oft weitgehend erfolglos.

Die Aufteilung und Besiedlung der WB in Zonen (A/B/C) mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel in willkürlicher Weise und wenn nötig die tatsächliche Kontrolle über die gesamte WB ausübt. Denn hinter der Fassade einer ‚ordentlichen Verwaltung‘, die das Image eines Frieden suchenden demokratischen Landes wahren soll, hat Israel ein administratives, ökonomisches und militärisches Kontrollsystem installiert, das aus unzähligen Bestimmungen, Einschränkungen, Verfahren und Sanktionen besteht. Durch diese Maßnahmen wird die Bewegungsfreiheit der

Menschen, die Warenströme inner- und außerhalb der palästinensischen Gebiete, Wasser, Luftraum und Kommunikationssektor, kurz alle Lebensbereiche der palästinensischen Bevölkerung kontrolliert. Hinzu kommt die illegale und völkerrechtswidrige Ausbeutung von Bodenschätzen der WB, z.B. durch Heidelberger Zement und andere internationale Firmen. Diese Politik der Kontrolle, der Abriegelung und Verarmung führt zu einer chronischen humanitären Krise. Die militärische Hilfe der USA an Israel von jährlich ca. 2.75 Milliarden \$ entspricht ungefähr den Kosten, die Israel für die Siedlungen und Unterdrückungsmaßnahmen im Westjordanland aufwendet.

Bei unseren Fahrten nach Jerusalem, Jaffa und Ramallah mussten wir immer wieder Kontrollposten passieren, kamen in den Bussen, als ausländische Reisegruppe erkennbar, aber schneller durch als die Palästinenser, die die Checkpoints zu Fuß durchqueren müssen.

III. Der ‚Sicherheitszaun‘

Die Chinesische Mauer, gedacht als Schutzwall gegen die barbarischen Völker der Steppe, ist einer der immer wiederholten Versuche, die Zeit aufzuhalten und hat sich, wie wir heute wissen, nicht bewährt. Die Zeit lässt sich nicht aufhalten.

(aus dem Theaterstück „Die Chinesische Mauer“ von Max Frisch)

Israel hat 2002 begonnen, einen ‚Sicherheitszaun‘ oder eine ‚Mauer‘ zu bauen, um sich - so die offizielle Begründung - gegen die Angriffe von Selbstmordattentätern auf ihr Staatsgebiet innerhalb der ‚grünen Linie‘ (also der Grenzziehung um die Westbank bis 1967) zu schützen. Während die ‚grüne Linie‘ eine Länge von 320 km aufweist, hat der ‚Sicherheitszaun‘, der aus einem Gemisch von bis zu acht Meter hohen Mauern und Zäunen besteht, eine Länge von ca. 722 km. Der Grund für diese sehr unterschiedliche Länge ist der Tatsache zuzuschreiben, dass die Mauern und Zäune zu 80% über palästinensischem Gebiet geführt werden (nur 20% folgen der Grünen Linie) und damit weite Teile (ca. 10%) palästinensischen Gebietes völkerrechtswidrig annektiert wurden. Durch Gräben, Sicherheitsstraßen, Minenfelder, Wachtürme, Sicherheitseinrichtungen, Kontroll- und Abfertigungsposten, elektronische Überwachungsanlagen und Militärpatrouillen mit Kampfhunden werden die Zäune gesichert, die in ihrer ganzen Länge meist einen viele Meter breiten Landstrich fruchtbaren Ackerlandes beanspruchen. 60 Planungsbüros, 53 Konstruktionsfirmen, 700 Subkontraktoren, 11 zivile Sicherheitsfirmen und 5 Drahtfirmen sind damit beschäftigt, diesen unvorstellbar grausamen Bau einer allseitigen Ghettoisierung zu vollenden.

Die Folgen dieses vom Internationalen Strafgerichtshof und der UN verurteilten Bauwerks, das mehr als zwei Millionen Palästinenser(innen) in Mitleidenschaft zieht, bedeuten:

- 83 städtische Siedlungen (wie Qualqilya und Tulkarem), innerstädtische Gebiete und ganze Dörfer wurden von ihren Ländereien und von ihrem natürlichen Umland eingekreist, abgeschnitten und ökonomisch abgeriegelt; familiäre Beziehungen werden unterbrochen;
- Arbeitsstätten, wichtige kommunale Dienstleitungen, Behörden, heilige Orte, Schulen, Einrichtungen der Aus- und Fortbildung, Gesundheitseinrichtungen, Einkäufe sowie Besuche von Verwandten und Freunden u.ä. sind oftmals nur noch unter großen Schwierigkeiten zu erreichen, denn die Bevölkerung wird gezwungen, quälend zeitraubende, demütigende und weit entfernte ‚Abfertigungsstellen‘ zu durchlaufen;
- die bekannte Infrastruktur wie Straßen und Verkehrswege wurden unterbrochen , was zu erheblichen Beeinträchtigungen und Verzögerungen der alltäglichen Abläufe führt;

- Bauern verlieren ihr Land oder können es nur unter großen Behinderungen bebauen, was die landwirtschaftliche Tätigkeit und die Erträge erheblich beeinträchtigt; ca. zwei Million Oliven- und Obstbäume wurden aus Sicherheitsgründen gefällt oder ausgerissen;

Etwa 50 000 Palästinenser sind gefangen zwischen den Grenzen und der Mauer; sie kämpfen mit Verarmung, der Trennung vom eigenen Land, den Wasserquellen und eventuellem Transfer. Wenn die Mauer fertig gestellt sein wird, werden 260 000 Palästinenser permanent in kleinen eingeschlossenen Enklaven leben, inklusive 55.000 Einwohner von Ostjerusalem. Auf der anderen Seite sind mehr als zwei Millionen Palästinenser in den ‚Homelands‘ der Westbank eingeschlossen.

Der Bau der Mauer und die zivilen und militärischen Maßnahmen zur Kontrolle des Westjordanlandes sind nicht mehr mit den Sicherheitsbedürfnissen Israels zu begründen. Die offizielle Bezeichnung „Trennungsbarriere“ unterstreicht ihren wesentlichen, auch mit Apartheid zu umschreibenden politischen Charakter. Mit der Mauer wird einseitig eine physische Trennung und ‚demographische Grenze‘ zwischen israelischen Juden und Palästinensern geschaffen, wie Israel sie sich schon immer gewünscht hat.

Der israelische ‚Konvergenzplan‘ für die WB geht von einem nicht lebensfähigen, halb-souveränen in sieben Siedlungsblöcken aufgeteilten Gefängnisstaat aus. Die Siedlungen will Israel bei jeder wie auch immer gearteten Vereinbarung mit den Palästinensern behalten. Ehud Olmert hat 2006 auf der Herzliya-Konferenz als geschäftsführender Ministerpräsident nach Sharons Schlaganfall gesagt: „...*Israel wird die Kontrolle über die Sicherheitszonen, die jüdischen Siedlungsblöcke und jene Orte behalten, die höchste nationale Bedeutung für das jüdische Volk haben, zuerst und vor allem ein vereintes Jerusalem unter israelischer Souveränität.*“

Da jedoch Israel trotz seines repressiven Regimes niemals die unangefochtene Kontrolle über die besetzten Gebiete wird erreichen können, weil es die Palästinensern nicht dazu zwingen kann, ihrer Einkerkering zuzustimmen, geht es in erster Linie um die Kontrolle und Ruhigstellung der Bevölkerung. Mauer und Siedlungsbau und alle damit verbundenen Maßnahmen werden das Land so umgestalten, dass ein lebensfähiger Staat im Sinne von Selbstbestimmung und Souveränität auf der Basis grundlegender Menschenrechte kaum erreichbar scheint.

IV. ADAMEER und die Disziplinierung der Bevölkerung

Die Militärbehörden vermuten in fast jedem palästinensischen Gefangenen eine tickende Zeitbombe; (Sahar Francis)

„Weder die jüdische Ethik noch die jüdische Tradition können Terrorismus als Mittel des Kampfes für untauglich erklären.“
(Yitzhak Shamir, späterer Ministerpräsident Israels)

Zur Verwaltung der besetzten Gebiete und der Disziplinierung und Einschüchterung der palästinensischen Bevölkerung gehören Verhaftungen, Verurteilungen und Gefängnisstrafen für politische Gefangene unter Anwendung des israelischen Militärstrafrechts.

Der Vertreter der Gefangenen-Unterstützung und Menschenrechtsorganisation ADAMEER, (‚Das Gewissen‘) Mourad Jadallah, der als Rechtsberater arbeitet und der selbst als 14-jähriger Junge wegen Steinwurfs verhaftet und vier Jahre inhaftiert war, beschrieb uns in eindrücklichen Worten die Situation.

Im September 2010 gab es in den 22 israelischen Gefängnissen 6257 palästinensische politische Gefangene (darunter 38 Frauen, 280 Kinder, 12 Personen der palästinensischen gesetzgebenden Versammlung und 1223 Gefangene die seit 1993 einsitzen oder für 20 Jahre oder lebenslänglich (792) verurteilt wurden. Täglich werden im Schnitt 11 Personen verhaftet.

Von 2000 bis 2009 wurden 6500 Kinder und Jugendliche (ab 12 Jahren wird verhaftet) gefangen genommen, geschlagen, gedemütigt und gefoltert. Seit 1967 wurden in den besetzten Gebieten ca. 800 000 Palästinenser gefangen genommen (d.h. jeder Fünfte der Bevölkerung) oder 20% (40% der männlichen) der Bevölkerung; darunter 10.000 Frauen. 2008 wurden 2000 Fälle von Folter registriert.

Jeder in den besetzten Gebieten lebende Palästinenser steht schon per se wegen seiner Zugehörigkeit zur sogenannten ‚feindlichen Bevölkerung‘ unter Verdacht, mit dem Terror in Verbindung zu stehen. Alle zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, sogar diejenigen, die zur Sicherung des alltäglichen sozialen Lebens unter der harschen Besatzungsrealität beitragen, werden als Sicherheitsrisiko oder als Gefährdung betrachtet. „Die Mittel der Kontrolle der Sicherheitsbehörden und der Militärjustiz reichen von direkten Vorgehen gegen jeden, der als Feind betrachtet wird, bis zur Versagung des Rechts der Bürger, Vereinigungen zu bilden, zum Verbot jedweder öffentlichen Tätigkeit und schließlich zur Zerstörung der palästinensischen Gesellschaftsstruktur.“(Roni Hammermann).

Es gibt keine palästinensische Familie, die nicht durch die Inhaftierung eines Familienmitgliedes betroffen ist. Dies ist die höchste Rate von Verhaftungen weltweit. Die Haftbedingungen und die Gesundheitsversorgung sind schlecht und Bildungsmaßnahmen und Familienbesuche werden durch administrative Maßnahmen erschwert.

Ein besonderes Militärgesetz sieht die Anwendung der „Administrative Detention“ (Verwaltungshaft) vor, die eine Verhaftung ohne Angabe von Gründen für mindestens 6 Monate vorsieht, aber zeitlich unbegrenzt fortgesetzt werden kann (ohne Rechtsanwalt, ohne Anklage, ohne Prozess und ohne Recht auf Kontakt zu den Familien). Der Grund der Verhaftung ist immer die gefährdete Sicherheit. Wenn es zu einer Anklage und Verhandlungen kommt, werden diese ausschließlich vor israelischen Militärgerichten geführt.

Auch die palästinensischen Behörden (PA) sind mit einigen tausend politischen Gefangenen, die sich gegen die Besatzung wehren, für ihr repressives Regime bekannt.

Die Besiedlung- und Enteignungsmaßnahmen in Ostjerusalem und der Westbank, der Bau der Mauern und die Festnahmen und Behandlung der Gefangenen verletzen systematisch zahlreiche internationale Abmachungen und Gesetze. Um nur einige zu nennen: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Charta der Vereinten Nationen, die Vierte Genfer Konvention, die Hague Konvention, die UN-Konvention für Kinderrechte, UN-Konvention für zivile und politische Rechte, UN-Konvention für ökonomische, kulturelle und soziale Rechte und die UN-Konvention gegen Folter, Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes und des Internationalen Strafgerichtshofes sowie Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und der UN-Vollversammlung. Zahlreiche private Hilfsorganisationen, wie das Israeli Information Center for Human Rights in the occupied Territory, das Israel Committee against House Demolition, Hamoked Center for the Defense of the Individual, ADEMEER, Taayush (Zusammenleben), Breaking the Silence (ehem. Soldaten), B'tselem, Rabbiner für Menschenrechte und andere zivilgesellschaftliche Organisationen bemühen sich um Informationen, Transparenz, um die Unterstützung für die Opfer der Vertreibung und die Gefangenen, aber weitgehend ohne Erfolg.

Alle diese Maßnahmen und ihre Folgen - die Mauern, die Siedlungspolitik, die Enteignungen, die kollektive Bestrafung der Bevölkerung, ökonomische Einschränkungen und Repression laufen auf das schlimmste Übel hinaus, was einem Volk passieren kann: die Zerstörung seiner Kultur, seiner Gesellschaft und seiner Identität.

Israel lehnt jedoch jede Verantwortung für seine Handlungen ab, weigert sich, internationale Rechte und Gesetze anzuerkennen und interpretiert das Völkerrecht für die besetzten Gebiete auf eigene Weise. Beide, die Unterdrückten und die Unterdrücker, müssen befreit werden.

V. Themen in Verbindung mit den Kernproblemen

Die Besiedlung des Westjordanlandes, die Auswirkungen des Mauerbaus und die Maßnahmen zur Kontrolle und Unterdrückung der Bevölkerung bestimmen in überwältigender Weise alle Lebensbereiche der palästinensischen Bewohner. In der scheinbar unlösbaren Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina ordneten sich alle weiteren Informationen und Erfahrungen, die wir während der Reise erhielten, entsprechend zu:

a.) Problem der Flüchtlinge

„Es geht uns um Recht und Würde und dass das Unrecht der Vertreibung anerkannt wird.“

(Dr. Majed Nassar, Deputy Director of Health Work Committee Palestine)

Ein ungelöstes Problem sind die Flüchtlinge: 1948 sind ca. 750 000 Araber (= 60% der Bevölkerung) aus dem neu entstehenden Staat Israel geflüchtet oder vertrieben worden. Dies wird von den Palästinensern als ‚Nakba‘ (Katastrophe) bezeichnet. Vom Krieg 1967 wurden noch einmal ca. 300 000 Menschen betroffen. Die Situation der 4,2 Mio. palästinensischen Flüchtlinge in den 59 Camps (Lagern) in der Westbank (700 000), Syrien (400.000), Jordanien (1,7 Mio.), Gaza (1 Mio.) und Libanon (420 000) ist nach wie vor prekär. Die UNRWA (United Nation Relief and Work Agency - eine extra von der UN geschaffene Organisation, die auf Veranlassung Israels das Wort ‚Flüchtlinge‘ im Titel meidet - sorgt für diesen Personenkreis. Insgesamt gibt es weltweit zehn Millionen Palästinenser, wovon sechs Millionen im Ausland leben. Flüchtlinge haben das Recht auf internationalen Schutz und Unterstützung und eine wie immer geartete Friedenslösung wird das Unrecht der Vertreibung und das Recht auf Rückkehr anerkennen müssen. Wie die materielle Lösung dann im Einzelnen aussieht, ist eine Frage der Verhandlung.

b) Die Rolle der internationalen Hilfsorganisationen

„Wir haben die billigste Art von Besetzung geschaffen. Wir unterstützen Israel mit unserem Geld und unserem Schweigen“

(Schwedischer Mitarbeiter einer Hilfsorganisation in der Westbank)

Die Vereinten Nationen durch die UNRWA und zahlreiche staatliche internationale Hilfsorganisationen (wie Weltbank, US Aid, KfW, GTZ, Sida ua.) engagieren sich in der WB in infrastrukturellen landwirtschaftlichen und sozialen Projekten (2008: mit 7,7 Mrd. \$), die jedoch alle israelischer Kontrolle unterliegen. Die Umsetzung der Projekte ändert nichts an den existenziellen Problemen der kolonialen Besetzung (und soll auch nichts daran ändern). Die Maßnahmen stützen die völkerrechtswidrige Besetzung und machen die Palästinenser immer mehr von ausländischer Hilfe abhängig. Nichtregierungsorganisationen (NGO's) unterstützen Menschenrechtsgruppen in der Bildungs-, Öffentlichkeits- und Advocacy Arbeit.

c.) Das Kairos - Palästina Dokument

„Wenn wir unsere Stimme erheben und das Ende der Besetzung fordern, dann geht es uns nicht nur darum, die verletzte Menschlichkeit und die gedemütigte Menschenwürde der Palästinenser zu heilen, sondern auch darum, die Israelis von der Gewalt der Besetzung zu befreien, die sie den Palästinensern aufzwingen“
(Kairos Dokument)

Im Dezember 2009 haben palästinensische protestantische und orthodoxe Christen und Kirchenführer ein Dokument veröffentlicht, welches unter dem Titel „Die Stunde der Wahrheit - ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“ an ihre eigene Bevölkerung und an die Kirchen und Christen weltweit verschickt wurde.

In dem Dokument weisen die Autoren auf die verfahrenere und fast als hoffnungslos erscheinende Situation der Palästinenser hin und bitten um Unterstützung für die Befreiung ihres Volkes von der Besetzung und Unterdrückung durch den israelischen Staat, um ein Leben in Würde zu führen. Einer unser Gesprächspartner und Mitverfasser des Textes, Dr. Refet Kassis, erläuterte, dass der Text ein Glaubensdokument ist, er betonte jedoch, dass der palästinensisch-israelische Konflikt ein politischer Konflikt ist, der auch nur auf politischem Wege gelöst werden kann. Es ist beachtenswert, so Kassis, dass 65 palästinensische Organisationen und 3500 Privatpersonen den Text unterzeichnet haben und es viele Reaktionen von ökumenischen Kirchen gibt. Gerade in der jungen palästinensischen Generation fand der Text große Beachtung, weil sie darin eine Hoffnung für ihre Situation sehen.

d.) Die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestment, Sanktionen)

Die gewaltfreie BDS-Kampagne ist eine legitime Antwort auf die völkerrechtswidrige Besetzung und der effektivste Weg in der Solidaritätsarbeit
(Hind Awaad, Koordinatorin der nationalen Kampagne in Palästina)

Als eine gewaltfreie Reaktion auf die israelische Besetzung, Diskriminierung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und Gaza und auf das Versagen internationaler Politik haben zivil-gesellschaftliche Gruppen in Israel/Palästina 2005 zu einer Aktion „Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen“ (BDS) aufgerufen. Damit sollen diejenigen Kräfte gestärkt werden, die mit gewaltfreien Mitteln ein Ende der Besetzung, die Durchsetzung der universellen Menschenrechte und einen gerechten Frieden in Nahen Osten anstreben. Die Aktion folgt damit der Umsetzung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 2004 in dem es heißt: „...Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die Ergebnis des Baus der Mauer ist, nicht anzuerkennen und keine Hilfe dabei zu leisten, die Situation aufrecht zu erhalten...“

Diese Aktion orientiert sich an der Tradition der gewaltfreien Boykottkampagne gegen die Apartheid in Südafrika. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte fest, dass Siedlungsprodukte aus der Westbank - im Wert von ca. 200 Mio. Euro pro Jahr allein nach Europa - zolltechnisch nicht wie Waren aus Israel behandelt werden dürfen. So geht es bei dieser Aktion nicht darum, keine Waren bei Juden zu kaufen, sondern keine Waren aus den israelischen Siedlungen und Industriezonen in der Westbank zu kaufen. Dass diese Aktion gerade in Deutschland umstritten ist, erklärt sich aus der gemeinsamen Geschichte. Die Forderung der palästinensischen Zivilgesellschaft darf nicht als antisemitisches Gedankengut diffamiert werden, sonst würden auch Freiheitskämpfer wie Desmond Tutu, Nelson Mandela und Stéphane Hessel und selbst Richard von Weizsäcker, die sich wie viele andere für dieses gewaltlose Mittel eingesetzt haben, diffamiert. Deshalb muss innerhalb der BDS-Kampagne

eine eigene deutsche Antwort gefunden werden, die sich aber der weltweiten Solidarität nicht verschließt. Der Verbraucher wird inzwischen immer sensibler, wenn es um Waren geht, die mit Völkerrechtsverstößen in Verbindung stehen. Die Deutsche Bundesbahn hat sich kürzlich auf Druck israelischer und internationaler Gruppen -angeführt von der Gruppe ‚Coalition of Woman for Peace‘ - aus dem israelischen Hochgeschwindigkeitsprojekt Tel Aviv - Jerusalem zurückgezogen, welches über besetztes palästinensisches Gebiet führt und damit internationales Recht verletzt.

V. Schlussbemerkung:

„Das palästinensische Volk kämpft für die Befreiung seines Landes und strebt danach, die Entfernung der Siedlungen, ... sein Recht auf Freiheit, Rückkehr und Unabhängigkeit zu erlangen einschliesslich des Rechts seinen eigenen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt auf dem gesamten 1967 besetzten Gebiet zu errichten... All dies ist gründet auf der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrechts...“
(Zitat aus dem ‚Gefangenen Dokument‘ der Palästinenser)

Wir weigern uns, Feinde zu sein.
(Slogan der kritischen israelischen Friedensbewegung)

Wie einleitend angedeutet, kann der Bericht verständlicherweise nur einige wenige Informationen und Eindrücke von der komplexen Situation beschreiben. Kurz nach unserer Rückkehr wurde bekannt, dass sich die Fatah und Hamas in einem Versöhnungsdokument in Kairo geeinigt haben, eine einheitliche Regierung anzustreben und gemeinsame Wahlen durchzuführen. Einzelheiten des Vertrages sind allerdings noch nicht bekannt. Erst vor wenigen Tagen (am 14.5.) kam es aus Anlass des 63. Jahrestags der Staatsgründung Israels und in Erinnerung an die Nakba wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen israelischen Besatzungstruppen und unbewaffneten Palästinensern (mit vielen Verletzten und Toten). Eine Lösung des Konflikts ist überfällig.

Trotz vieler internationaler Initiativen (Madrid, Oslo I+II, Camp David, Taba 2001, Road Map etc.) und immer wieder angebotener Friedensbemühungen der arabischen Seite (seit 1948 gab es mindestens 21 konkrete Vorschläge und Initiativen wie die Genfer Initiative, die Initiative der Arabische Liga 2002, das sog. ‚Gefangenendokument‘ von in Israel einsitzenden palästinensischen Häftlingen (2005) incl. der Anerkennung Israels innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949 durch die PLO etc.), weigert sich Israel bis heute, sich aktiv und kreativ an Friedensbemühungen zu beteiligen.

Mit Billigung der internationalen Staatengemeinschaft (insbesondere der EU und USA [mit 3,4 Mrd. Militärhilfe in 2011]) wird das koloniale Projekt der Unterdrückung, der Landenteignung und des Siedlungsbaus in der Westbank weiter vorangetrieben. Inzwischen kommt es einem Skandal gleich, dass die internationale Gemeinschaft sich weiterhin scheut und weigert, Israel für seine eigene Politik und seine Handlungen sowie die vorsätzlichen und massiven Menschenrechtsverletzungen, die von israelischen Friedensaktivisten als eine Form von Staatsterrorismus bezeichnet werden, zur Rechenschaft zu ziehen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist der weitgehend auch in den Medien verschwiegene öffentliche Aufruf von 26 ehemaligen europäischen Spitzenpolitikern (v. Weizsäcker, H. Schmidt, Solana, Gonzales, Prodi) an den Präsidenten der EU vom Dezember 2010, endlich die zwölf politischen Eckpunkte, die die EU als Mitglied des Nahost-Quartetts beschlossen hat, umzusetzen. Im Sinne dieser Grundsätze fordern sie die EU auf, auf Israel mehr Druck auszuüben, den Siedlungsbau einzustellen, den EU Richtlinien folgend den Import von Siedlungsprodukten, die gegen die EU-Kennzeichnungspflicht verstoßen, einzustellen und einen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anzuerkennen. In ähnlicher Weise haben sich 24 ehem. deutsche Nahost - Botschafter schon im Dezember 2009 geäußert, aber auch diese Stimme wurde nicht wahrgenommen.

Solange den Worten, Absichtserklärungen und Beschlüssen der internationalen Gremien und Gemeinschaft, wie der EU und des Nahost-Quartetts, keine Taten folgen und diese Scheu, Konsequenzen zu ziehen, fortbesteht, ist jeder Friedensprozess ein virtueller Prozess (weil er praktisch nicht stattfindet) und weil er an der tatsächlichen Situation der Palästinenser nichts ändert. „Nur in dem Maße, in dem Israel sich selbst dekolonisiert, werden wahre Integration, Akzeptanz, Normalisierung und Versöhnung möglich sein.“ (J. Halper). Ob angesichts der Fakten vor Ort die viel propagierte Zwei-Staaten-Lösung überhaupt noch erreichbar ist, wird inzwischen von vielen Beobachtern bezweifelt.

Unsere Gesprächspartner haben in allen Äußerungen betont, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ein politischer Konflikt ist, dessen Lösung sich an den Menschenrechten orientieren muss. Das Sicherheitsbedürfnis beider Völker und ihre elementaren Interessen müssen ernst genommen werden. Voraussetzung für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben und Grundlage jeder künftigen Verhandlungslösung ist jedoch das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, die Schaffung eines lebensfähigen Staates und die Lösung des Flüchtlingsproblems.

Allerdings wird von palästinensischer Seite auch betont, dass es bei einer künftigen politischen Lösung nicht darum gehen kann, einen am zionistischen Konzept orientierten jüdischen Staat (eine Ethnokratie, weil sie jüdische Rechte über die der anderen in Israel lebenden Menschen stellt) anzuerkennen, weil damit auch in Israel automatisch eine Diskriminierung anderer - nicht-jüdischer - Menschen einhergeht, die der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Völkerrechts und anderer wichtiger internationaler Gesetze widerspricht. „Aufrüstung, atomare Bewaffnung, Gewaltanwendung und Unterdrückungsmechanismen können einen Staat auf die Dauer nicht sichern.“ (Reuben Moskovitz, israelischer Friedensaktivist).

Der israelische Ministerpräsident Nethanjahu hat nach der Rede Präsident Obamas in Kairo 2009 Israels Haltung noch einmal deutlich gemacht und folgende Positionen als nicht verhandelbar erklärt:

- eine Verantwortung für die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967 lehnt Israel ab;
- die Siedlungen in der Westbank werden bleiben;
- Groß-Jerusalem bleibt endgültig unter israelischer Verwaltung;
- Hamas muss entwaffnet werden und
- Israel bleibt ein jüdischer Staat.

Auch in seiner letzten Nahostrede vom 19.5.2011 fordert Präsident Obama eine Zwei-Staaten-Lösung, bei der die Grenzen Israels und eines tragfähigen Palästinenserstaats „auf dem Verlauf von 1967 beruht“. Leider fehlen in seiner Rede konkrete Hinweise, wie dieser Vorschlag, der auf den UN Resolution 242 vom 22.11.1967 basiert, umgesetzt werden soll. Nethanjahu's ‚Nein‘ war seine einzige Reaktion ohne wahrzunehmen, dass dies die wachsende internationale Isolierung fördert, weil von Israel keine eigenen Initiativen zur Lösung des Problems ausgehen.

Der Israel-Palästina Konflikt erhält verhältnismäßig hohe Aufmerksamkeit, weil er eher ein globaler als ein lokaler Konflikt ist. Seine destabilisierende Wirkung auf das ganze globale System ist erheblich und hat in der muslimischen Welt symbolhaften Charakter. Eines der Grundprobleme des Konfliktes besteht darin, dass beide Seiten die geschichtlichen und aktuellen Erfahrungen und Leiden der anderen Seite ignorieren und nur die je eigenen Opfer zählen. Diese Sprachlosigkeit muss überwunden werden. Israel als regionale Super- und

Besatzungsmacht und stärkste Konfliktpartei ist nicht nur rechenschaftspflichtig für seine Politik und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, sondern Israel trägt auch den Löwenanteil der Verantwortung für die Beendigung des Konflikts. Nur eine politische, auf Menschen- und Völkerrecht basierende Lösung kann am Ende den Sorgen beider Völker um Gerechtigkeit und Sicherheit Rechnung tragen.

Möglicherweise lässt sich auch durch eine koordinierte und konzentrierte internationale Initiative der Prozess einer ‚Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten‘ (KSZNM) analog der KSZE für Europa anstoßen, der eine Befriedung der gesamten Region erreichen könnte.

Bundespräsident Wulf hat in einem Interview (SZ am 14/15.5.2011) die Deutschen zum Einsatz für die Menschenrechte aufgefordert. „Die Erinnerung an beide Unrechtsregime, die unser Land im vergangenen Jahrhundert erlebt hat, ist uns Mahnung und Verpflichtung. Der Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat muss Maxime deutscher Politik sein - weltweit... Einmischung ist geboten, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden... Verbrechen gegen die Menschheit dürfen nicht straflos sein.“

Müssen wir nicht alles daran setzen, dass diese Maxime auch von der deutschen Bundesregierung konsequent gegenüber Israel umgesetzt wird, und der Staat Israel nicht weiterhin im Sinne einer „Staatsräson“ (Merkel) behandelt wird? „Gerade wegen der Vergangenheit kann uns Deutschland helfen“, so Dr. Naim S. Ateek, Befreiungstheologe und Mitverfasser des Kairos-Palästina Dokuments.

Was wir erlebt haben, kann nicht besser ausgedrückt werden als durch den Aufschrei junger Palästinenser aus Anlass des 63. Jahrestages der Gründung des Staates Israel und der damit verbundenen Flucht und Vertreibung der Palästinenser (Nakba). Deshalb wollen wir damit unseren Bericht schließen:

Ich bin es leid

Ich bin es leid, die Mauer;

Ich bin es leid, die Checkpoints zwischen palästinensischen Städten;

Ich bin es leid, die illegalen israelischen Siedler, die Siedlungen;

Ich bin es leid, die hebräische Schrift in meinem Personalausweis;

Ich bin es leid, die Leute, die keine Ahnung von unserer Geschichte haben, aber so viel von der jüdischen Geschichte wissen;

Ich bin es leid, die Leute, die sich einen Dreck um das Rückkehrrecht der Palästinenser scheren, aber das Rückkehrrecht der Israelis hochhalten;

Ich bin es leid, dieses Oslo-Abkommen, das keiner hier je gewollt hat;

Ich bin es leid, die Palästinensische Autonomiebehörde, die null Autonomie hat;

Ich bin es leid, mit anzusehen, wie mein Vater am Checkpoint gedemütigt wird von Leuten, die so alt sind wie ich oder jünger;

Ich bin es leid, dass meine ausländischen Freunde lügen müssen, wenn sie mich besuchen wollen, dass sie verhört, körperlich durchsucht und oft auch zurück geschickt werden;

Ich bin es leid, die Leute, die nicht kapieren, was Besatzung bedeutet;

Ich bin es leid, dauernd Angst zu haben;

Ich bin es leid, dass das post-traumatische Stress-Syndrom hier in Palästina mittlerweile der Normalzustand ist;

Ich bin es leid, wie untätig die UN inzwischen ist;

Ich bin es leid, dass das humanitäre Völkerrecht für Israel nicht gilt;

Ich bin es leid, dass Einsatz für die einfachsten Menschenrechte für Palästinenser oder Kritik an der Politik Israels ständig als antisemitisch bezeichnet wird;

Ich bin es leid, dass alle immer vergessen, dass ich Semit bin;

Ich bin es leid, zu hören, wie sich Israelis über Diskriminierung beklagen, wo doch der Staat auf dem Prinzip der ethnischen Reinheit beruht;

Ich bin es leid, in einer Zeit zu leben, da rassische Kennzeichnung erlaubt ist;

Ich bin es leid, ständig als Verdächtiger behandelt zu werden;

Ich bin es leid, wie die maßgeblichen Medien uns und unsere Lage darstellen;

Ich bin es leid, wie sich die ganze Welt um Gilad Shalit sorgt, während mehr als 7.000

Palästinenser in israelischen Gefängnissen sitzen;

Ich bin es leid, als Terrorist bezeichnet zu werden, wenn ich mich selbst, meine Freunde oder Landsleute verteidige;

Ich bin es leid, dass ich egal, wo ich hingehe, die Mauer, eine Siedlung oder einen israelischen Soldaten vor Augen habe...

63 Jahre israelische Besatzung

ich bin es leid!

(Übersetzung Ulrike Vestring)

zu sehen als video auf: Video "I'm sick of - 63 years of Nakba"

http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=bIO4W3nxGaM

Anlage

Seminarprogramm

Karten der Westbank

- The occupied Palestinian territory: overview map (Verlauf der Mauer)
- Westbank: Area 'C' map (graue Zone = volle israelische Kontrolle über die Sicherheit, Planungen und Bauvorhaben)

Gerhard und Dorle Dilschneider, Ulm

Mai 2011